

RESOLUTION

Ökumenische Föderation der Konstantinopler

Die Delegierten der Mitgliedsorganisationen der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen verabschiedeten auf ihrer Delegiertenversammlung am 16. Mai 2015 in Komotini/ Griechenland folgende Resolution:

Die Delegiertenversammlung der FUEN:

- *erinnert* an die Minderheiten-Verträge, die nach dem Ersten Weltkrieg unterzeichnet wurden, die den Minderheitenschutz in Europa geprägt haben, und die für die Wahrung von dauerhaftem Frieden und Wohlstand in der Region wichtig sind;
- *im Hinblick* auf die Rechtsinstrumente, die seitdem zum Schutz von ethnischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten im Rahmen der internationalen und regionalen Organisationen entwickelt wurden, wie beispielsweise die „Erklärung über die Rechte von Personen, die nationalen oder ethnischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten angehören“ der Vereinten Nationen (1992) sowie Artikel 27 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (1966) und das „Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten“ des Europarats (1995);
- *ist sich bewusst*, dass Fortschritte auf dem Gebiet der Minderheitenrechte in Europa durch die internationalen und regionalen Menschenrechtsinstitutionen gemacht worden sind;
- *stellt fest*, dass es trotz des oben genannten institutionellen und rechtlichen Fortschritts immer noch eine Tendenz vieler Staaten zum Bilateralismus oder zur Politisierung der Frage der Minderheitenrechte gibt, unter dem Missbrauch des Begriffs der Gegenseitigkeit anstatt sich wirklich um die Interessen der Minderheiten zu kümmern;
- *in Anbetracht dessen*, dass Minderheiten in einigen Fällen seit dem Ersten Weltkrieg missbraucht oder als Vorwand genommen wurden, um politischen Druck auszuüben und Konflikte mit anderen Staaten zu erzeugen, mit denen die Minderheiten, welche die „Opfer“ sind, eine gewisse Verbindung zu haben scheinen;
- *stellt fest*, dass der europäische Kontinent in den letzten Jahren den katastrophalen Folgen von offenen bewaffneten Konflikten, welche durch den Einfluss der Kin-States mit irredenten Ambitionen verursacht wurden, ausgesetzt war;
- *bestätigt*, dass Minderheitenschutz eindeutig einer der wichtigsten Punkte für die Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit ist;

Macht alle Staaten aufmerksam auf:

Die Stärkung des Schutzes der Minderheitenrechte durch die Unterzeichnung, Ratifizierung und Umsetzung des „Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten“ des Europarats;

Fordert alle Staaten auf:

einen politischen Willen zu entwickeln und angemessene politische Maßnahmen zu ergreifen, um ihre Pflicht zu erfüllen allen Menschen Schutz zu gewähren, unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu einer Minderheit oder zur Mehrheit;

anzuerkennen, dass Minderheiten ihren eigenen spezifischen Hintergrund haben, die Minderheiten nicht als Objekte eines Kin-States darzustellen und Praktiken aufzugeben, mit denen sie Minderheiten und ihre Rechte für die Förderung ihrer irredenten Ansprüche missbrauchen;

politische Maßnahmen für eine verantwortungsvolle politische Kultur zu entwickeln, welche die Vielfalt bejahen und Dialog und Frieden vorantreiben.